



09.01.2014 | Nr. 013/14

Heike Franzen: Dieses Schulgesetz ist ein Konjunkturprogramm für private Nachhilfeinstitute

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat die heutige (09. Januar 2014) Zustimmung der Regierungsfractionen zur Reform des Schulgesetzes als Ignoranz gegenüber der Schulwirklichkeit bezeichnet:

„SPD, Grüne und SSW haben in der Anhörung wirklich jeden Hinweis übergangen, der nicht zu ihrem Koalitionsvertrag passte. Diese Ignoranz gegenüber der Schulwirklichkeit wird nicht nur zu deutlich mehr Unterrichtsausfall führen. Das Schulgesetz ist ein Konjunkturprogramm für private Nachhilfeinstitute“, so Franzen.

Selbst Befürworter der pädagogischen Ausrichtung des Gesetzes hätten dessen Umsetzung angesichts der von SPD, Grünen und SSW dafür zur Verfügung gestellten Mittel als unmöglich bezeichnet.

„Das gilt bereits an den Gemeinschaftsschulen. Aber insbesondere an den Gymnasien wird sich die Unterrichtssituation massiv verschärfen“, erklärte Franzen.

Durch die Abschaffung der Schulartempfehlung dürften Eltern, unabhängig von der Leistungsstärke, künftig selbst entscheiden, ob ihr Kind zum Gymnasium gehe. Versetzungen vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule würden dagegen nur in absoluten Ausnahmefällen erlaubt.

Franzen: „Was das bedeutet, ist klar: Das ist das Ende der Gymnasien durch die Hintertür. Die Landesregierung macht auch die Gymnasien zu Gemeinschaftsschulen, ohne ihnen jedoch die dafür nötigen Differenzierungsstunden zu geben.“

Die große Stärke des schleswig-holsteinischen Schulwesens sei bislang dessen Durchlässigkeit gewesen. Sie ermögliche es, die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und ihnen gerecht zu werden.

Die letzten PISA-Tests hätten gezeigt, dass die Förderung der leistungsstärkeren Schüler in Deutschland in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Sie blieben sich selbst überlassen. Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern seien deshalb unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit benachteiligt.

„Künftig wird deshalb in Schleswig-Holstein der Bildungserfolg noch mehr vom

Elternhaus abhängen. SPD, Grüne und SSW erreichen mit dieser Reform das Gegenteil dessen, was sie vorhaben“, so Franzen.